

## Beschluss des Diversitätsrats

### **Demokratie braucht Beteiligung: Die sozio- ökonomische Herkunft darf nicht darüber entscheiden wer mitgestaltet und wer nicht!**

Die multiplen Krisen unserer Zeit führen uns die Ungleichheit in unserer Gesellschaft vor Augen. Die Energiekrise trifft nicht alle gleich. Sie trifft insbesondere die alleinerziehende Mutter besonders hart, die sich Sorgen um die nächste Nebenkostenabrechnung machen muss. Sie trifft den jungen Auszubildenden, der an der Supermarktkasse die gestiegenen Preise besonders spürt. Sie trifft den migrantischen Lieferfahrer, der trotz Überstunden am Ende des Monats im Geldbeutel nichts mehr über hat. Sie trifft Menschen im Leistungsbezug, die schon vor der Krise nicht genügend Zugang zu umfassender sozio-kultureller Teilhabe hatten. Die hohen Preise können auch ältere Menschen - insbesondere ältere Frauen - belasten, wenn sie nicht über ausreichend Alterseinkommen oder hohe Rücklagen verfügen.

Diejenigen Menschen, die von Krisen und sozialen Härten besonders betroffen sind, können sich oft nicht ausreichend politisch einbringen. Doch die gleichberechtigte politische Teilhabe aller Menschen ist essenziell für die Demokratie und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Denn alle Menschen müssen die Möglichkeit haben, sich mit ihren Perspektiven und Erfahrungen in aktuelle politische Entscheidungen einzumischen und mitzubestimmen. Erst wenn alle an politischen Prozessen teilhaben können, können wir auch sicherstellen, dass staatliches und behördliches Handeln die Interessen aller Menschen gleichermaßen im Blick hat. So sichern wir auch in Krisenzeiten den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das soziale Sicherungsnetz.

Doch gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status ist noch nicht selbstverständlich. Noch immer entscheidet die sozio-ökonomische Herkunft darüber, welchen Bildungsabschluss Menschen erreichen, ob sie in prekär bezahlten Berufen beschäftigt sind und wie sehr sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Das Bildungssystem in Deutschland ist immer noch nicht ausreichend darauf ausgelegt, soziale Ungleichheiten abzubauen und die Demokratiebildung in der Kita und der Schule zu fördern, um die Selbstbestimmung aller Kinder von klein auf zu stärken. Gerade in der Kita, wenn die Grundsteine der Bildungsbiographie gelegt werden, muss genügend Zeit und Raum sein, damit Kinder schon früh gestalten und sich beteiligen können. Auch die non-formale und informelle Bildung ist für die politische Teilhabe aller Menschen wichtig. Das Teilnehmen an Jugendfreizeiten oder Freiwilligendiensten, ermutigt junge Menschen dazu sich einzubringen und zeigt Wege zur politischen Wirksamkeit auf. Unser Ziel muss es daher

sein, diese Angebote für alle Menschen zu öffnen, damit die Teilhabe nicht vom Geldbeutel abhängt.

Die politische Partizipation ist zwischen den sozialen Klassen dramatisch ungleich verteilt – und das zulasten der Menschen, die von Armut und Marginalisierung betroffen sind. Bei jeglicher Form politischer Beteiligung – von Wahlen über Demonstrationen bis hin zu Parteimitgliedschaften – sind Menschen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status unterrepräsentiert.

Das zeigt exemplarisch auch die Diversity-Umfrage des Landesverbandes Berlin. Laut den Ergebnissen der 2020 durchgeführten Erhebung haben mehr als 90 Prozent der befragten Teilnehmer\*innen eine Hochschulreife, über 80 Prozent einen Studienabschluss, 9% sind promoviert oder habilitiert. Das gilt gerade auch unter BPoC\*, bei denen die Abschlüsse der Teilnehmer\*innen vergleichsweise noch höher sind als im Durchschnitt der Partei. Gleichzeitig zeigt die Umfrage, dass fast ein Drittel der Teilnehmer\*innen Bildungsaufsteiger\*innen sind. Hier gilt es nun noch besser zu werden und bestehende Expertise einzubinden.

### **Beteiligung für Alle ermöglichen**

Das Vielfaltsstatut von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt uns auch die Aufgabe, unsere Strukturen so zu gestalten, dass sie in Bezug auf die sozio-ökonomische Herkunft nicht ausschließend wirken. Doch noch zu oft wird diese Diskriminierungsform in der Gestaltung der diversitätssensiblen Öffnung und Weiterbildung vergessen. Wir sind davon überzeugt, dass eine Öffnung der Partei nur dann nachhaltig gelingen kann, wenn auch dieser Diskriminierungsmechanismus bearbeitet und entsprechende Lösungsansätze diskutiert werden. Denn auch bei uns GRÜNEN gibt es Strukturen, die es Menschen in Armut oder mit nicht-akademischen Qualifizierungen erschweren bei uns anzukommen und politische Verantwortung zu übernehmen.

Wer sich in der Politik ehren- oder hauptamtlich engagieren möchte benötigt dazu nicht nur die finanziellen Ressourcen, sondern auch Zeit. Wir wissen, dass die verfügbare Zeit ebenfalls durch die sozio-ökonomische Herkunft bestimmt ist. Denn wer prekär beschäftigt ist, möglicherweise mehrere Jobs gleichzeitig ausübt, hat wenige Ressourcen sich in der Freizeit bei der Kreismitgliederversammlung einzubringen. Hiervon sind insbesondere migrantisierte Menschen und Frauen betroffen, die einen großen Teil der Sorgearbeit leisten und besonders häufig in unsicheren und schlechtbezahlten Berufen tätig sind. Wir GRÜNE müssen also unter anderem Sitzungszeiten so gestalten, dass alle Menschen teilnehmen können, und neue Formate entwickeln, die eine Beteiligung erleichtern.

Politik machen sollte kein Geld kosten und wirklich für alle Menschen möglich sein. Zum Beispiel schließen auch viele Tagungsorte Menschen mit niedrigem Einkommen von der Teilnahme aus. Dort wo bei Mitgliederversammlungen Speisen und Getränke bezahlt werden müssen, werden Menschen ausgeschlossen. Dort, wo Menschen Fahrtkosten auslegen oder vielleicht sogar komplett selber tragen müssen, werden Menschen ausgeschlossen. Auch die

Teilnahme an informellen Netzwerken setzt oftmals einen Konsumzwang voraus. Diese Netzwerke sind für die Parteiarbeit und die Übernahme von politischer Verantwortung essenziell und können beim Empowerment unserer Parteimitglieder eine positive Rolle einnehmen. Allerdings gilt es auch hier, ausschließende Strukturen zu erkennen und einzureißen.

Menschen werden dort politisch aktiv, wo sie das Gefühl haben, sich für ihre Themen einsetzen zu können. Dies hängt oft eng mit eigenen erlebten Ungerechtigkeitserfahrungen zusammen, wie das Erleben von sozialer Ungleichheit. Als GRÜNE ist für uns klar, dass wir uns konsequent für eine gerechte Steuer-, Finanz-, Arbeits- und Sozialpolitik einsetzen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und Ungleichheiten abbaut. In der Außenwirkung unserer Partei schlägt sich das nicht immer nieder. Mit einer konsequenten Außenwirkung und starken Kampagnen können wir genau dort ansetzen.

Nicht zuletzt sind auch die politische Kultur und die Art wie wir miteinander debattieren entscheidend dafür, ob Menschen sich bei uns einbringen möchten und sich bei uns willkommen fühlen. Wir wollen alle Menschen, die sich bei uns beteiligen möchten, willkommen heißen und dafür Sorge tragen, dass sich alle in unseren Strukturen zu Recht finden. Dies ist Aufgabe aller Gliederungen. Debatten und Veranstaltungen sollen so gestaltet werden, dass sich alle gerne an ihr beteiligen möchten und Wertschätzung erfahren. Eine bestimmte soziale und kulturelle Herkunft und ein entsprechendes Auftreten sollten nicht vorausgesetzt werden.

### **Der Diversitätsrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschließt deshalb:**

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden wir das Thema sozio-ökonomische Herkunft und politische Teilhabe stärker als bisher auf die Agenda setzen. Dem Auftrag, den wir uns mit unserem Vielfaltsstatut gegeben haben, müssen wir auch in dieser Hinsicht nachkommen.

Deshalb wird der Bundesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2023 eine Auftaktveranstaltung zum Thema sozio-ökonomische Herkunft und politische Teilhabe organisieren. Die Veranstaltung soll sowohl Parteimitglieder als auch externe Expert\*innen, Verbände und Zivilgesellschaft einbinden. Die Veranstaltung soll unter anderem die folgenden Themen bearbeiten:

- Sozio-ökonomische Herkunft und ihre intersektionalen Verflechtungen mit anderen Diskriminierungserfahrungen: Wer fühlt sich bei uns willkommen, wer wird ausgeschlossen?
- Parteiinterne Maßnahmen wie beispielsweise:
  - Senkung finanzieller Hürden
  - Sitzungsorte- und -zeiten
  - Willkommenskultur innerhalb der Partei

- Einbindung und Vernetzung von Menschen mit nicht-akademischen Bildungsabschlüssen
- Gestaltung der Parteikultur
- Formate zur Beteiligung
- Themensetzung in Außenwirkung, Kampagnen etc.

Der Bundesverband wird im Anschluss an die Veranstaltung einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, der den Landes- und Kreisverbänden als Hilfestellung dienen soll.

\* Black and People of Color. **BPoC** ist eine politische Selbstbezeichnung rassistisch diskriminierter Personen.